

**Ergebnisprotokoll
der 34. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 03.07.2014**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.45 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Frau Metschies
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Herr Viering
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Eickhoff
Frau Urban
Herr Polzin
Frau Rüpke
Herr Dr. Kumpfer
Herr Bürger
Herr Dr. Viebrock-Heinken
Frau Brendel
Frau Dr. Ortman
Herr Dr. Vogt
Frau Nanninga
Frau Slaby
Herr Richts
Herr Klugkist
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

Herr Oertel
Herr Becker
Herr Dr. Steinbrück
Herr Blanke

Naturschutzbeirat
Umweltschutzamt Bremerhaven
Landesbehindertenbeauftragter
Beiratssprecher Huchting

IV Gastdeputierte

Herr Liess
Herr Saxe
Herr Werner
Frau Neumeyer

SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 34. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/33 vom 05.06.2014	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Beauftragung des Vergabeausschuss für die Zeit der Parlamentsferien -02-	Vorlage 18/393	L/S
-------	--	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) ermächtigt den Vergabeausschuss, während der Zeit nach der letzten Deputationssitzung vor den Parlamentsferien bis zum ersten Zusammentreffen der Deputation nach den Parlamentsferien anstelle der Deputation die der Deputation nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Deputationen obliegenden Aufgaben zu erledigen mit Ausnahme der ihr von der Stadtbürgerschaft übertragenen Beschlüsse.

Einstimmig

TOP 5	Bauwerk 442; Ersatzbau des Brückenbauwerks über die B 75 im Zuge der Heinrich-Plett-Allee Bereitstellung von Planungs- und Baumitteln -ASV-	Vorlage 18/405	L/S
-------	---	-------------------	-----

Die Fragen von Herrn Imhoff, ob die Maßnahme als Power- Baustelle durchgeführt werde und ob es dadurch auf der B 75 zu Einschränkungen kommen werde, werden von Frau Pieper bejaht.

Herr Blanke fragt, ob das LKW- Führungsnetz für den Bereich Huchting angepasst werden kann, um während der Baumaßnahmen zusätzliche Belastungen in Huchting zu vermeiden.

Herr Polzin erklärt, dass für die Dauer der Baumaßnahme andere LKW-Führungen geprüft und ausgewiesen werden könnten. Eine Anpassung des LKW- Führungsnetzes nur für eine Baumaßnahme sei nicht vorgesehen, zumal eine alternative Streckenführung dann über die Kirchhuchtinger Landstraße erfolgen würde, was nicht im Huchtinger Interesse wäre.

Herr Hipp möchte wissen, warum allgemein bei finanzwirksamen Vorlagen keine nach den Verwaltungsvorschriften zu §7 LHO geforderte Wirtschaftlichkeitsübersicht beigefügt werde.

Frau Rüpke weist darauf hin, dass Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorhanden und einsehbar seien, aber grundsätzlich nicht den Vorlagen beigefügt würden. Dies sei die vereinbarte Vorgehensweise in dieser Deputation.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung und der Durchführung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 6	Umbau und Erweiterung der BAB A 270 Anschlussstelle Bremen – St. Magnus -ASV-	Vorlage 18/407	L/S
--------------	--	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Mehrkosten zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mehrkosten zu.

Einstimmig

TOP 7	Gesetz zur Änderung Bremischen Architektengesetzes und Gesetz zu Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes -16-	Vorlage 18/381	
--------------	--	-------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den Entwürfen zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes zu und ist mit der Weiterleitung an den Senat einverstanden.

Einstimmig

TOP 8	Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchsrelevante- Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchs- kennzeichnungsgesetz Anpassung der Zuständigkeitsregelungen an geänderte Bundesregelungen -2-	Vorlage 18/402	
--------------	---	-------------------	--

Beschluss:

- 1. Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie dem Entwurf einer Verordnung über die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz zuständige Behörde zu und sind mit der Weiterleitung an den Senat*

einverstanden.

2. Die staatliche Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Zuständigkeiten nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie dem Entwurf einer Verordnung über die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz zuständige Behörde zu und sind mit der Weiterleitung an den Senat einverstanden.

Einstimmig

TOP 9	Finanzierung der Bremer Energie-Konsens (energiekonsens) im Geschäftsjahr 2015 -21-	Vorlage 18/401
-------	--	-------------------

Frau Schierenbeck erklärt zu dieser Vorlage Ihre Befangenheit und verlässt für die Dauer der Beratungen und der Abstimmung darüber den Raum.

Herr Jägers weist darauf hin, dass Bremen 10 % der Anteile habe, aber 50% der Kosten übernehme und wirft die Frage auf, ob über eine höhere Beteiligung nachgedacht werden sollte. Weiter möchte er wissen, ob eine Schließung des Standortes in Bremerhaven vorgesehen sei.

Frau Dr. Schaefer betont, dass es zwar erfreulich sei, für das Geschäftsjahr 2015 eine Finanzierung darstellen zu können, jedoch auch über das Jahr 2015 hinaus eine Finanzierung der energiekonsens sichergestellt werden sollte.

Herr Strohmann ist ebenfalls froh, dass eine Finanzierung erstmal sichergestellt werden konnte. Auch er hat ein großes Interesse daran, die Finanzierung längerfristig zu sichern.

Herr Arndt stellt fest, dass 10% Beteiligung und 50% Kosten ein schlechtes Verhältnis darstellten. Eine Finanzierung über 2015 hinaus sei sicherzustellen. Er halte eine Erhöhung des Bremer Anteils für erforderlich und werde sich daher der Stimme enthalten.

Herr Gottschalk begrüßt, dass im Rahmen der Aufgabenfokussierung auch neue Schwerpunkte gesetzt wurden. Gerade der systemische Ansatz in der Stadtentwicklung sei nicht kurzfristig umzusetzen und erfordere eine längerfristige Finanzierungssicherheit. Er bittet um einen Bericht, wie sich die Arbeit der energiekonsens in den neuen Bereichen entwickle.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass es einen Strategieprozess mit den Anteilseignern, insbesondere mit der swb gegeben habe, auf welche Projekte man bei knapper werdenden Mitteln fokussiere. Es sei der Wunsch der Bürgerschaft bei den Haushaltsverhandlungen gewesen, dass sich die energiekonsens aus der Fläche zurückziehe. Die ewe- swb habe bisher das laufende Geschäft zu 100 % gesponsert und nun eine finanzielle Beteiligung Bremens an den laufenden Kosten gefordert. Seitens Bremen bestehe ein hohes Interesse an dieser Einrichtung, die eine hohe Reputation habe. Eine Erhöhung der Anteile erfordere eine Kapitalaufstockung und damit den zusätzlichen Einsatz Bremischer Mittel. Dafür brauche es gute Gründe, die nicht vorlägen. Bremen habe Gestaltungs- und Mitspracherechte, neben dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr als Aufsichtsratsvorsitzenden sei ebenfalls das Finanzressort im Aufsichtsrat vertreten.

Frau Rüpke ergänzt, dass über Zuwendungen eine stärkere Einflussmöglichkeit gegeben sei als über eine Gesellschafterrolle.

Herr Richts erklärt, dass aktuell nicht vorgesehen sei, den Standort in Bremerhaven zu streichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Vorlage und der Freigabe der Mittel zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten, um die Finanzierung und die haushaltsrechtlichen Beschlüsse für die erforderliche Sperrenaufhebung bei der Hst. 0601/686 02-3, Zuschuss an Bremer Energie-Konsens GmbH, in Höhe von insgesamt 1,0 Mio. € herbeizuführen. Darüber hinaus bittet die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) um Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,0 Mio. € zu Lasten des Haushaltsjahres 2015, um die notwendige Planungssicherheit über den 31.12.2014 hinaus zu gewährleisten.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr nach Abschluss der Gespräche mit den privaten Anteilseignern über eine längerfristige Finanzierung von energiekonsens erneut zu berichten.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 10	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2014 - 2020 -3-	Vorlage 18/394
--------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass für Bremen die Kürzungen moderat ausfallen. Die bisherigen Maßnahmen könnten weiterhin durchgeführt werden. Sie bittet um frühzeitige Information der Deputation, falls es doch zu Kürzungen bei einzelnen Maßnahmen kommen sollte.

Herr Imhoff findet den Entwurf richtig und gut. Er hätte sich aber eine bessere Mittelausstattung in der Priorität 4 - Wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum- gewünscht.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 11	Berichte der Verwaltung	
TOP 11a)	Verhältnis des Bergrechts zum Naturschutzrecht -16-	BdV schriftlich

Herr Gottschalk bittet um einen Bericht, falls **Bundratsinitiativen** zur verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung, insbesondere für Frackingvorhaben, vorliegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11b)	Reise von Senator Dr. Lohse nach Chicago im Rahmen der transatlantischen Klimabrücke -S-	BdV schriftlich	L/S
----------	--	--------------------	-----

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass die Einladung durch den Generalkonsul Anfang April erfolgt sei. Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Teilnahme mit Blick auf die voraussichtliche Tagesordnung der Deputation als unkritisch eingeschätzt und daraufhin diese Reise zugesagt. Das Programm sei um seine Person herum vorbereitet worden. Der Generalkonsul habe in seinem Bericht an das Auswärtige Amt die Wirkung dieser Reise positiv eingeschätzt. Insgesamt konnte damit das Land Bremen und die Stadt Bremerhaven gut bekannt gemacht werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11c)	Auswirkungen des Landschaftsprogramms Bremen auf die Landwirtschaft im Lesumer Heuland - 04 -	BdV mündlich	
----------	---	-----------------	--

Herr Dr. Kumpfer erläutert, dass sich das Landschaftsprogramm in der Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung befinde. Es seien zahlreiche Stellungnahmen dazu eingegangen, die nun ausgewertet und in ein Gesamtprogramm zusammengefügt werden. In relativ großen Bereichen des Lesumer Heulands sei eine Renaturierung der Ihle und eine Herstellung des Tideeinflusses aus der Lesum in die Ihle vorgesehen, wodurch es zu Einschränkungen für die dortige Landwirtschaft kommen würde. Es gäbe relativ viele Einwendungen aus dem Beirat, aus der Öffentlichkeit und von den Betroffenen dazu, so dass geprüft werde, ob eine solche Maßnahme angemessen sei. Parallel werde überlegt, welche anderen Möglichkeiten bestünden, die die Landwirtschaft in diesem Bereich weniger in Anspruch nehmen würden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11d)	Sachstand zum Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Stromsperrungen weitestgehend verhindern - Präventive Maßnahmen erweitern“ -2-	BdV schriftlich	
----------	---	--------------------	--

Frau Dr. Schierenbeck stellt fest, dass die Zahl der Stromsperrungen im letzten Jahr wieder angestiegen sei. Die Vorschläge aus dem Antrag seien nicht umgesetzt worden.

Herr Gottschalk findet das Ergebnis dieses Berichtes sehr ernüchternd. Eine der wesentlichen Botschaften des Berichtes bestehe darin, dass die Beratungen zur Energieeinsparung verstärkt werden sollen. Dahinter stehe die These, dass die Betroffenen ihre Stromrechnungen nur teilweise nicht bezahlen könnten. Diese These teile er nicht. Das Kernproblem sei, dass man immer noch nicht wisse, wer die Betroffenen seien. Deshalb sollte man sich gemeinsam mit anderen Bundesländern beim Bund dafür einsetzen, dass eine Analyse finanziert werde, die untersuche, welche Bevölkerungsgruppen von Stromsperrungen betroffen seien. Hierfür sei der für Verbraucherschutz zuständige Wirtschaftsminister anzusprechen.

Herr Arndt schließt sich der Forderung von Herrn Gottschalk an.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11e)	CO₂-Minderungspotenzial und Wirtschaftlichkeit erhöhter energetischer Standards im Wohnungsneubau - 21 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 12	Verschiedenes	
TOP 12a	Abfalllagerung in Bremerhaven	

Herr Jägers bittet um Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Warum wird Abfall aus Irland nach Deutschland verschifft und nicht nah am Ort der Abfallentstehung beseitigt?
- 2) Welche genehmigungsrechtlichen Grundlagen hat die monatelange Lagerung von großen Mengen an Hausabfall durch die Firma HVG im Fischereihafen?
- 3) Wieviel Abfall wird zurzeit im Fischereihafen gelagert, welche Mengen sind noch zu erwarten?
- 4) Anwohner berichten von starkem Gestank an warmen Tagen und davon, dass Teile des Abfalls vor ihrem Weitertransport sehr lange gelagert werden. Hat der SUBV Möglichkeit, dem Betreiber Auflagen zu machen, die die Geruchsentwicklung reduzieren?
- 5) Sind Auswirkungen auf die notwendigen hygienischen Produktionsbedingungen für die umliegende Lebensmittelindustrie zu befürchten?
- 6) Auf welcher rechtlichen Grundlage sind die Behörden eingeschritten als 2013 Abfallverwehungen auftraten?
- 7) Unter welchen Umständen kann eine Genehmigung vollständig entzogen werden?

Frau Nanninga berichtet, dass nach Europarecht Abfälle zur Verwertung vermarktet und grenzüberschreitend verbracht werden dürften. In der BRD bestehe ein Überangebot an Verbrennungskapazitäten, so dass die Anlagenbetreiber auf der Suche nach Abfällen zur Verbrennung seien, um ihre Anlagen wirtschaftlich betreiben zu können. Hier gehe es nicht um Hausmüll, sondern um vorbehandelten Abfall aus einer Sortieranlage. Abfällen zur Verwertung dürften gehandelt werden, dadurch habe man nur sehr begrenzte Einwendungsmöglichkeiten. Die HVG habe eine BImSch-rechtliche Genehmigung zum Umschlag von Abfall. Diese beinhalte Mengenbeschränkungen und eine Begrenzung der Lagerzeit für Abfälle auf ein Jahr. Normalerweise ist die Anlage nicht zum längeren Lagern von Abfällen bestimmt, Die HVG sei üblicherweise bestrebt, Abfälle nicht lange zu lagern, sondern schnell zu verwerten. In diesem Fall sei dies zwar nicht so zeitnah erfolgt, die Zeiträume in der Genehmigung seien jedoch nicht überschritten worden. Im Moment lagerten auf dem Gelände der HVG noch 700 Tonnen Abfälle, die unverzüglich abtransportiert werden müssen. Es werde noch ein Schiff aus diesem Notifizierungsverfahren erwartet, das am WE in Bremerhaven eintreffen solle und vorbehandelte Abfälle aus einer Sortieranlage transportiere. Die Anlieferung werde überwacht, insbesondere ob die Ballen in der vorgesehenen Weise verpackt seien. Der Betreiber sei per Bescheid in der letzten Woche aufgefordert worden, defekte Ballen unverzüglich neu einzuwickeln. Das Aufreißen der Ballen in der Halle sei dem Betreiber untersagt worden. Der Betreiber habe mitgeteilt, dass er außerdem die Geruchsbelastungen durch Nebelung mit Wasser minimieren möchte.

Zur Frage der hygienischen Auswirkungen auf die umliegende Lebensmittelindustrie sehe das LmTVet keine Problematik für die Lebensmittelbetriebe durch die Geruchsbelästigung.

2013 habe es Abfallverwehungen gegeben, worauf das Umweltschutzamt angeordnet habe, dass Netze zu spannen sind, um Verwehungen zu vermeiden. Solch eine nachträgliche Anordnung sei nach dem BImSch-Recht zulässig.

Nach den Vorgaben des BImSchG könne die Genehmigung entzogen werden, wenn die Genehmigung einen entsprechenden Vorbehalt vorsehe, wenn Auflagen nicht erfüllt würden oder wenn durch eine neue Rechtsvorschrift eine Situation entstehen würde, dass die Genehmigung nach neuem Recht nicht erteilt werden würde. Die Behörde müsse immer die Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme prüfen. Daher seien vor dem Entzug der Genehmigung Maßnahmen zu ergreifen, die Geruchsbelastung zu minimieren.

Frau Dr. Schierenbeck führt aus, dass einerseits viele Länder keine eigenen Verbrennungsanlagen hätten, was die Abfalltransporte verursache und andererseits gerade kommunale Verbrennungsanlagen in Deutschland oft schlechte Wirkungsgrade hätten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

TOP 12b	Planungsstand der B212 auf niedersächsischer Seite	
--------------------	---	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Imhoff** wird zum 11.09.2014 schriftlich beantwortet

TOP 12c	Entwicklung der Rabenkrähen im Land Bremen	
--------------------	---	--

Der Berichtswunsch von **Herrn Imhoff** wird zum 11.09.2014 schriftlich beantwortet

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 34. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll